

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 1

Artikel: Zur Geschichte der russischen Aussenpolitik
Autor: Handschin, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-153984>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Geschichte der russischen Außenpolitik.

Von

Jacques Handschin - Basel.

Im Folgenden soll der Leser mit dem Inhalt einiger Dokumente bekannt gemacht werden, welche aus den Geheimarchiven des russischen Ministeriums des Auswärtigen stammen und sich auf die Jahre 1908/17 beziehen. Diese Dokumente wären vielleicht nie ans Tageslicht gekommen, wären nicht in Rußland die Ereignisse eingetreten, die allgemein bekannt sind. Nun aber liegen sie veröffentlicht (und mit einem Vorwort versehen) in der Broschüre „Drei Konferenzen (Zur Vorgeschichte des Krieges)“ vor, welche vom Professor und Gehilfen des Volkskommissars Lunatscharski M. Pokrowski zusammengestellt ist.

* * *

Als erstes Dokument enthält die Sammlung das Protokoll einer Konferenz russischer Staatsmänner, welche am 21. Januar 1908 auf Antrag des Außenministers Iswolski stattfand und in welcher einige von diesem angeregte Fragen besprochen wurden. Den Vorsitz führte der in der Folge einem Attentat zum Opfer gefallene Ministerpräsident Stolypin. Der Verlauf der Konferenz war folgender:

Iswolski geht in seiner Eröffnungsrede davon aus, daß im nahen Osten verschiedene Fragen einer Krisis entgegenreifen, welche Rußlands Interessen in hohem Maße berühren; bei der Lösung dieser Fragen müsse Rußland, wenn es nicht an seiner Stellung und an seinem Prestige Einbuße erleiden wolle, sein Wort mitreden; andererseits müsse aber, bevor man sich zum Eingreifen entschließe, klargestellt werden, in welchem Maße Rußland dazu vorbereitet sei, sein Wort im Notfall mit der Tat zu bekräftigen. Was die Besorgnisse des Ministers veranlaßt habe, sei das Benehmen der Türkei, die einerseits an der türkisch-persischen Grenze militärische Maßnahmen ergreife, welche Rußlands Interessen schädigen, andererseits der Verwirklichung des mazedonischen Reformprogramms, welches Rußland und Oesterreich in Mürzsteg aufgestellt hatten, Widerstand entgegensetze. Eine Nichtverwirklichung dieses Programms würde für Rußland, den traditionellen Beschützer der Balkanchristen, eine ernste Einbuße an Prestige zur Folge haben. Leider bestehe unter den Großmächten keine Einigkeit in bezug auf Mazedonien, indem jede nur ihre Sonderinteressen verfolge; insbesondere könne man nicht sicher sein, daß Oesterreich, wenn es darauf ankomme, nicht mit der Türkei gemeinsame Sache machen werde. Rußland stehe somit ziemlich isoliert da. Doch bestehen andererseits Anzeichen, daß England, welches von jeher zu einem radikalern Vorgehen in der mazedonischen Frage geneigt war, eventuell die russische Politik unterstützen würde; ein solches Einvernehmen würde die glänzendsten Perspektiven bieten, da hierdurch die ganze türkische Frage aufgerollt werden könnte. Es sei ferner in Betracht zu ziehen, daß durch Rußlands Abmachungen mit Japan und England der Friede im fernen Osten zunächst gesichert sei, sodaß die Aufmerksamkeit vollständig auf die Probleme des nahen Ostens gerichtet werden könne.

Von militärischer Seite findet der Außenminister zunächst die vollste Unterstützung. Der Chef des Generalstabs Palizyn weist auf die türkischen Rüstungen hin, spricht von beunruhigenden Symptomen an der russisch-türkischen Grenze und erklärt, daß die kürzlich erfolgte Besetzung von Persisch-Turkestan durch die Türken tatsächlich ihre militärische Position zu Ungunsten Rußlands bessere; dies alles

schaffe eine gefährliche Situation, da die russischen Streitkräfte im Kaukasus denen, über die die Türken in Armenien verfügen, an Zahl weit nachstehen.

Doch nun kommt die Gegenströmung zu Wort, die zunächst ein anderer Militär, der stellvertretende Kriegsminister Poliwanow, verkörpert. Er erklärt, daß, so sehr man auf die militärischen Maßnahmen der Türken Achtung geben müsse, man bei allfälligen Gegenmaßnahmen die größte Vorsicht müsse walten lassen. Ein aktives Vorgehen an der kaukasisch-armenischen Grenze, das den Schutz der Souveränität Persiens zum Zwecke hätte, würde im Lande kein Echo finden; wohl aber würde es den Balkan entfesseln, da es von den christlichen Balkanvölkern als Signal zur Erhebung gegen die Türkei aufgefaßt werden würde. Nun sei aber der Zustand der russischen Armee nicht ein solcher, daß man Verwicklungen wie diesen ruhig ins Auge blicken könnte. Er müsse daher empfehlen, daß man sich darauf beschränke, die Truppen im Kaukasus besser auszurüsten und zu organisieren.

Der Außenminister, der seine Stellung wanken sieht, fragt, ob denn wirklich im gegebenen Zeitpunkt nichts Anderes gegen die Türkei unternommen werden könne, muß aber von demselben General Palizyn, der ihn unterstützt hatte, die Antwort hören, daß zu einem allfälligen Eingreifen auf der Balkanhalbinsel so gut wie nichts vorbereitet ist. Auch der Marineminister weiß über den Stand der Schwarzmeerflotte nichts Tröstliches zu sagen.

Nun greift der Finanzminister und nachmalige Ministerpräsident Kokowzew ein, um gleichfalls zur Besonnenheit zu mahnen. Er spricht zunächst seine Bewunderung darüber aus, daß schon seit Monaten zwischen dem Generalstab und dem Außenministerium Verhandlungen über derart wichtige Fragen stattfinden, ohne daß man sie dem durch Ukas vom 19. Oktober 1905 geschaffenen „geeinigten Ministerrat“ vorlege, der für alles die Verantwortung zu tragen habe. Zur Sache übergehend, stimmt er dem Gehilfen des Kriegsministers darin bei, daß ein aktives Eingreifen um der Souveränität Persiens willen im Lande kein Verständnis finden würde. Etwas Anderes sei es mit den Balkanangelegenheiten, und Rußland werde allerdings, wenn Bulgarien in einen Krieg mit der Türkei verwickelt werde, nicht beiseite stehen können; doch bevor man hier eingreife, müsse man zuerst eine günstige internationale Situation schaffen, damit Rußland bei seinem Vorgehen nicht isoliert bleibe.

Zuletzt tritt der Vorsitzende Stolypin auf den Plan. Im Anschluß an Kokowzew gibt er seinem Entsetzen darüber Ausdruck, daß man so folgenschwere Fragen so weit gedeihen lasse, ohne sie vor den Ministerrat zu bringen. Er erklärt dem Außenminister, daß er unter den gegenwärtigen Umständen keine andere Politik treiben dürfe als eine streng defensiv, und beruft sich zur Begründung auf die innerpolitische Situation; eine Politik der Abenteuer im jetzigen Entwicklungsstadium würde eine Gefährdung der Dynastie zur Folge haben.

* * *

Iswolski, der ein aktives Eingreifen Rußlands auf dem Balkan herbeiführen wollte, hatte somit eine Schlappe erlitten. Zu seiner weiteren Abkühlung diente eine in der Sammlung als No. 2 abgedruckte Zuschrift des Großfürsten Nikolaus (des späteren Oberkommandierenden) als Vorsitzenden des „Rates der Landesverteidigung“ vom 3. Februar 1908; hierin wurde der Außenminister von einer Resolution des Rates in Kenntnis gesetzt, in der es u. a. hieß, „daß, infolge des äußerst mangelhaften Zustandes des materiellen Teiles im Heere und der ungünstigen Zustände im Innern es gegenwärtig notwendig ist, solche aggressive Handlungen zu vermeiden, die politische Komplikationen hervorrufen könnten“.

* * *

Die Geschichte wird zweifellos aufdecken, in welcher Weise der in seine Idee verrannte Iswolski trotz des erlittenen Mißerfolges fortfuhr, auf die

Erreichung seines Zieles hinzuarbeiten. Ein großes Hindernis wurde ihm aus dem Wege geräumt, als am 2. September 1911 im Kiewer Stadttheater die für Stolypin tödlichen Schüsse fielen. Pokrowski spricht in seiner Einleitung die Vermutung aus, daß die draufgängerische Richtung in der russischen Politik nicht unschuldig war an der Leichtigkeit, mit der sich der Mörder Bagrow dem Ministerpräsidenten nähern konnte — eine Annahme, die schwer nachzuprüfen, aber an sich nicht unlogisch ist; in der Tat mußte Stolypin, der die Jahre 1904/5 nicht vergessen hatte und bei der Möglichkeit äußerer Komplikationen stets in erster Linie die Rückwirkung auf die Lage im Innern in Betracht zog, jener Richtung ein Dorn im Auge sein.

Die Verhältnisse auf dem Balkan spitzten sich indessen immer mehr zu. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, die eine schwere diplomatische Niederlage Iswolskis bedeutete, hinterließ in ihm einen dauernden Stachel; er ging demnach in seiner neuen Stellung als Gesandter in Paris nur umsomehr darauf aus, ein aktives Eingreifen vorzubereiten, um seine Scharte auszuwehen. Der erste Balkankrieg, in dem die Türkei unterlag, bot ihm teilweise Genugtuung. Doch erwies es sich nur zu bald, daß dies lediglich eine moralische Genugtuung, nicht ein Zuwachs an politischem Einfluß war. Die Völker, die die Türkei besiegte hatten, stürzten, ohne auf Rußlands Rat zu hören, aufeinander los; Rußland mußte sich wohl oder übel auf die Seite des Siegers (Serbien) stellen und zog sich dadurch die unversöhnliche Feindschaft des Besiegten (Bulgarien) zu. Und die Meerengenfrage? Ihrer Lösung war Rußland um keinen Schritt nähergekommen, denn die jungen Balkanmächte konnten im Grunde nicht wünschen, daß der „kranke Mann“ als Hüter des Bosphorus durch einen „gesunden“, nämlich Rußland, ersetzt würde. Die größte Verschlimmerung der Situation trat aber ein, als in der Meerengenfrage ein ganz neuer Faktor auftauchte — Deutschland, das eine Militärmission nach Konstantinopel entsandte und Miene machte, sich dort ohne jegliche Anstrengung, durch ein bloßes freundschaftliches Abkommen mit der Türkei, festzusetzen; dies ließ die Lage aussichtsloser als je erscheinen; und Deutschland zeigte bei den Verhandlungen, die im Herbst 1913 anlässlich von Kokowzews Reise in Berlin und später in Petersburg geführt wurden, wenig Nachgiebigkeit.

Das einzige Günstige an der Situation war, daß Deutschland mit seiner Expansion nicht nur Rußland in die Quere kam, sondern in noch viel höherem Maße England. Es wäre nun die Aufgabe der russischen Diplomatie gewesen, die englische Interessiertheit am Zurückdämmen Deutschlands auszunützen und nicht umgekehrt England die russische Interessiertheit auszunützen zu lassen. Die Voraussetzungen hierzu waren günstige, da das englische Interesse ein weit dringenderes war. Die englische Weltherrschaft war unmittelbar bedroht. Rußland dagegen, das schon seit einem Jahrtausend auf eine Lösung der Meerengenfrage wartete, hätte den englisch-deutschen Konflikt sich zuspitzen lassen und im geeigneten Moment mit seinen Ansprüchen hervortreten können; sollte es dann England Hilfe leisten, so konnte es diese Hilfe so verklusulieren, daß es nicht die Hauptkosten des Unternehmens zu tragen hatte. Dies alles ließ aber die russische

Diplomatie außer Acht; statt die englische Diplomatie an dem dicken Strick, mit dem sie gebunden war, zu sich herüberzuziehen, ließ sie sich selbst an einem dünnen Faden hinüberziehen.

* * *

Die zweite Konferenz, deren Protokoll von Prof. Pokrowski als dritte Nummer der Sammlung veröffentlicht wird, fand am 31. Dezember 1913 statt. Den Vorsitz führte der Ministerpräsident Kokowzew. Wie die Konferenz von 1908, hatte diese auf Antrag des Außenministers — diesmal Sasonow — prinzipiell die Richtung von dessen Politik zu bestimmen. Im engeren Sinne handelte es sich um die Stellungnahme zur Tätigkeit des deutschen Generals Liman von Sanders in Konstantinopel, und der Außenminister hatte seine Meinung hierüber in einer Reihe von Thesen ausgedrückt, die er der Begutachtung der Konferenz vorlegte.

Waren in der ersten Konferenz im Jahre 1908 zwei ausgesprochene Persönlichkeiten, Tswolski und Stolypin, aufeinandergeprallt, so standen sich diesmal beide Richtungen in einer abgeschwächten Form gegenüber; Sasonow, der Schwager Stolypins, war nur allmählich und zögernd in die Richtung Tswolskis hineingerutscht, und Kokowzew, der zur Anschauungsweise Stolypins neigte, besaß nicht dessen Energie und Schärfe. Das Übergewicht hatte diesmal die unbesonnenere, vor einem Kriege nicht zurückschreckende Richtung, wozu vielleicht beitrug, daß an der Konferenz außer Sasonow und Kokowzew nur militärische Mitglieder teilnahmen.

In den Thesen, die Sasonow der Konferenz unterbreitete, wurde die Stellungnahme des Außenministeriums zur Anwesenheit eines deutschen Generals in Konstantinopel dahin präzisiert, daß, wenn man sich auch damit abfinden könnte, daß derselbe ein Kommando irgendwo außerhalb Konstantinopels, z. B. in Adrianopel, innehätte, es nicht zu dulden wäre, wenn er einen Truppenteil in Konstantinopel selbst befehligte. Sollten die Türkei und Deutschland in dieser Frage hartnäckig bleiben, so wäre zu erwägen, welche Nötigungsmaßnahmen der Türkei gegenüber anzuwenden wären; am nächstliegenden wäre die Besetzung eines türkischen Punktes am Schwarzen Meer, wie Trapezunt oder Bajasid. Doch müßte jedenfalls einem solchen Schritte eine vollkommene Verständigung mit England und Frankreich vorausgehen, damit Rußland nicht isoliert bliebe. Nach Verabredung mit diesen Mächten könnten folgende Mittel angewandt werden: 1. ein finanzieller Bonfott der Türkei, 2. die Abberufung der Gesandten aus Konstantinopel, 3. weitere Maßnahmen.

Da die vorliegenden Nachrichten einerseits dahin lauteten, General Liman beabsichtige vom Kommando des ersten türkischen Armeekorps zurückzutreten, andererseits sich aber in Bezug auf die zukünftig vom General zu bekleidende Stellung widersprachen, so mußte die Konferenz zunächst festlegen, unter welchen Voraussetzungen die Tätigkeit des Generals vom Standpunkt Rußlands aus zulässig oder unzulässig erscheinen würde. Alle einigten sich darauf, daß ein deutscher General nicht nur nicht kommandierender eines Truppenteils in Konstantinopel, sondern auch nicht „Inspektor“, d. h. kommandierender eines der vier türkischen Militärbezirke sein dürfe; dagegen könne er die allgemeine Inspektion über die türkische Armee innehaben.

Nun die weitere Frage: In welcher Weise wäre dem russischen Standpunkt Geltung zu verschaffen, falls die Modalitäten der Tätigkeit des Generals, wie zu befürchten, nicht den russischen Wünschen entsprächen? Alle einigten sich darauf, daß die schwebenden Unterhandlungen mit Deutschland solange fortzusetzen wären, bis ihre Resultatlosigkeit vollständig klar zutage getreten wäre. Alsdann müsse zu

Maßnahmen des unmittelbaren Druckes auf die Türkei übergegangen werden, doch nur im Einvernehmen mit England und Frankreich.

Wie steht es nun um die Aussichten auf die Unterstützung dieser Mächte? Der Außenminister gibt an, daß Frankreich Rußland bis zum Neuesten unterstützen werde; nur werde vielleicht die französische Regierung trotz ihres Wunsches nicht in der Lage sein, bei den an der Einlösung ihrer Coupons interessierten französischen Kapitalisten einen wasserdichten finanziellen Boykott der Türkei durchzusetzen. England bekunde eine allgemeine Geneigtheit, sich an allfälligen Schritten zu beteiligen, doch sei noch nicht klar, inwieweit es zu entschlossenem Handeln bereit wäre.

Rokowzew bekundet in Bezug auf Englands Haltung eine leise Skepsis, da England durch die Anwesenheit eines englischen Admirals als Marineinstruktor in Konstantinopel eher sogar Deutschland ein weiteres Argument liefere, um sich der Abberufung des Generals Liman zu widersetzen.

Auf die Frage, ob es vielleicht geraten wäre, von England die Abberufung des Admirals zu erwirken, antwortet Sjasonow, daß er hierin keinen Nutzen sehe, da der englische Admiral vielleicht durch einen deutschen ersetzt werden könnte und außerdem diese Abberufung von Deutschland als ein allzu unhöflicher Wink aufgefaßt werden, also seinen Widerstand noch verschärfen könnte.

Zu den im Falle des Scheiterns der Verhandlungen mit Berlin der Türkei gegenüber anzuwendenden Maßnahmen übergehend, befürchtet Rokowzew, daß sie die Einmischung Deutschlands hervorrufen könnten.

Sjasonow meint, daß, wenn die drei Mächte einmütig und zugleich vorsichtig vorgingen, ihre Maßnahmen nicht unbedingt einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben müßten. Insbesondere werde für Deutschland vieles von der Haltung Englands abhängen, da es klar sei, daß im Falle eines Eingreifens Englands in Deutschland innert 6 Wochen eine vollständige soziale Katastrophe eintreten müsse. Die Frage eines englischen Eingreifens sei indessen noch nicht geklärt; vorläufig könne man nur dies mit Sicherheit sagen, daß England im Falle eines für Rußland und Frankreich ungünstigen Kriegsverlaufs eingreifen würde, um seine Interessen zu wahren.

Rokowzew wiederholt, daß Maßnahmen des Druckes auf die Türkei, welche bis zur Besetzung türkischer Küstenpunkte reichen würden, unvermeidlich zum Kriege mit Deutschland führen müßten, und spricht sich gegen eine solche Eventualität aus.

Der Kriegsminister Suchomlinow und der Generalstabschef Schilinski erklären kategorisch, daß Rußland zu einem Zweikampf mit Deutschland vollständig gerüstet sei.

Sjasonow, unterstützt vom Marineminister, weist erneut darauf hin, daß die Besetzung eines Hafens im Schwarzen Meere der Türkei gegenüber ein sehr wirksames Mittel darstellen würde.

Rokowzew will nach wie vor von solchen Maßnahmen nichts wissen, da sie unvermeidlich die Einmischung Deutschlands hervorrufen würden; viel eher wäre er für einen finanziellen Boykott, wenn er auch nicht verkennet, daß die materielle Interessiertheit französischer Finanzmänner in diesen Boykott eine Bresche schlagen könnte.

Sjasonow wiederholt, daß die Ausübung eines direkten Druckes auf die Türkei nicht unbedingt die Einmischung Deutschlands nach sich ziehen müßte; nur müsse man hierbei Englands sicher sein. Sjasonow geht bis zu solchen Mutmaßungen wie, daß das Erscheinen der russischen Flotte am Bosphorus in der türkischen Hauptstadt Panik und eine Revolution entfesseln könnte, was dazu angetan wäre, zur Lösung der Frage der deutschen Militärmission beizutragen. Er stellt nun die Frage, welche Stellung die Regierung einzunehmen hätte, wenn sie der aktiven Unterstützung sowohl Englands als Frankreichs sicher wäre und andererseits die Verhandlungen mit Berlin kein Resultat ergeben haben würden.

Rokowzew spricht sich — wie es im Protokoll heißt, unter Beistimmung der übrigen Konferenzmitglieder — dahin aus, daß es im gegebenen Moment äußerst unerwünscht wäre, Rußland in einen europäischen Krieg zu verwickeln, und faßt das Ergebnis der Beratung in die Sätze zusammen: 1. die Verhandlungen mit

Berlin sind solange fortzusetzen, bis ihre Resultatlosigkeit vollständig klargestellt ist; 2. im Falle ihres ungünstigen Verlaufes muß im Einvernehmen mit England und Frankreich zu den geplanten Maßnahmen des Druckes auf die Türkei gegriffen werden; 3. sollte die aktive Beteiligung der beiden Mächte nicht gesichert sein, so darf nicht zu Druckmitteln gegriffen werden, die einen Krieg mit Deutschland zur Folge haben könnten.

Diese in der Form friedfertige Resolution gab gleichwohl ihrem Inhalt nach den Standpunkt Sjasonows wieder. Sie war das Resultat von Kokowzews Nachgiebigkeit und wurde von ihm gewiß nur schweren Herzens unterschrieben. Von nun an brauchte England nur auf den Knopf zu drücken, und es verfügte über die ganze Wehrmacht Rußlands.

* * *

Die Kriegspartei konnte demnach die Frage als in ihrem Sinne entschieden betrachten. Der Stellungnahme Englands war sie im Voraus sicher, dazu kam das italienisch-französische Abkommen — kurz, die „Konjunktur“ wurde für sie immer günstiger, der ihr entgegengesetzte Widerstand immer schwächer; wie ein Trompetenstoß wiederhallte in Europa die von Ssuchomlinow in einem Zeitungsinterview abgegebene Erklärung, Rußland wäre zum Kriege mit Deutschland bereit. Dieser Krieg konnte nur noch in dem Falle vermieden werden, wenn in Deutschland die Friedenspartei ans Ruder kam; doch war dies nicht zu erwarten, da die Position der Kriegspartei in Deutschland von Haus aus viel stärker war als in Rußland.

* * *

Unter diesen Verhältnissen kam der dritten Konferenz, deren Protokoll in der Sammlung als No. 4 figuriert, keine prinzipielle Bedeutung mehr zu. Sie setzte sich denn auch nur aus Fachleuten, d. h. Diplomaten und Militärs zusammen; verhandelt wurde nur über die Art der Verwirklichung von Kriegsmaßnahmen. Die Konferenz fand am 8. Februar 1914 statt.

Sjasonow, der den Vorsitz führte, legte in seiner einleitenden Ansprache Folgendes dar. Im Verlauf von Ereignissen, deren Eintritt vielleicht schon in der nächsten Zeit zu erwarten wäre, könnten die Meerengen der Macht der Türkei entgleiten; hiermit wäre die Gefahr gegeben, daß sich dort eine fremde Macht festsetze. Angesichts dessen könnte Rußland sich gegebenenfalls gezwungen sehen, von den Meerengen Besitz zu ergreifen, um Garantien für eine seinen Interessen entsprechende Lösung der Frage zu schaffen. Damit die Ereignisse Rußland nicht unvorbereitet träfen, müsse unverzüglich ein auf Besetzung der Meerengen abzielendes Aktionsprogramm ausgearbeitet werden. Ein Unternehmen gegen die Meerengen sei nur auf dem Wege einer Kombination von Seestreitkräften und Landungstruppen zu verwirklichen. Er lege daher der Konferenz folgende Fragen zur Besprechung vor:

1. Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilisation einer genügend starken Landungstruppe;
2. Maßnahmen zur Beschleunigung des Abtransports der Landungstruppe nach den Häfen;
3. Maßnahmen zur Verstärkung unserer Seetransportmittel;
4. Maßnahmen zur Verstärkung der russischen Kriegsilotte im Schwarzen Meer;
5. die Frage des Baues einer den Kaukasus durchschneidenden Eisenbahn Wladikawkas-Tiflis.

Zur ersten Frage weist der Chef des Generalstabs Schilinski darauf hin, daß für die Operation gegen Konstantinopel in der ersten Linie 2 Armeekorps und als

Nachschub noch 2 Armeekorps notwendig seien; Rußland verfüge aber über keine speziell hierzu bestimmten Truppen, da auch die zwei Konstantinopel zunächst liegenden Korps im Falle eines allgemeinen Krieges im Kriegsplan an der Westfront eingesetzt seien. Sollte nun der Zusammenstoß am Bosphorus einem allgemeinen Kriege vorausgehen, so könne man über diese Korps verfügen; nähme jedoch der Krieg an der Westgrenze seinen Anfang, so könnten die zwei Korps aller Wahrscheinlichkeit nach nicht entbehrt werden.

Der Generalquartiermeister Danilow fügt bei, daß seiner Ansicht nach im Falle eines allgemeinen Krieges eine Expedition gegen Konstantinopel nicht einmal nötig wäre, da ja dann alles, auch die Gewinnung Konstantinopels, vom Siege an der Hauptfront abhängen würde.

Hiermit ist der Chef des operativen Teils des Generalstabs der Marine Njemez nicht einverstanden. Ein Sieg an der Westfront sei mit der Gewinnung der Meerengen nicht gleichbedeutend, weil sich auf dem Wege zu den Meerengen noch andere Gegner als Deutschland und Oesterreich finden könnten; es sei denkbar, daß fremde Flotten und Armeen gerade den Moment, wo Rußland an der Westfront beschäftigt sei, benützen würden, um sich in den Besitz der Meerengen zu setzen. Daher wäre es unbedingt nötig, zugleich mit dem Kampf an der Westfront auch gegen die Meerengen vorzugehen, um dort zum Beginn der Friedensverhandlungen eine für Rußland günstige Situation zu schaffen. Besitze Rußland die hierfür nötigen Armeekorps nicht, so müsse man sie eben schaffen.

Der Generalstabschef Schilinski erklärt, dies sei gegenwärtig unmöglich.

Statt hierbei Halt zu machen und anzuerkennen, daß Rußlands militärische Kräfte zur Erreichung seines Kriegszieles nicht ausreichen, geht die Konferenz dazu über, zu untersuchen, wie rasch die für eine Landungsoperation in Aussicht genommenen Truppen mobilisiert werden könnten.

Hierauf wird programmgemäß die Frage nach den Eisenbahnen, die die Landungstruppen nach den Häfen zu befördern hätten, gestellt und von Schilinski in günstigem Sinne beantwortet.

Beim nächsten Punkt, der die für den Transport der Truppen nötigen Schiffe betrifft, gibt der Marineminister unumwunden zu, daß die vorhandenen Schiffe für den Transport von Truppen nicht geeignet sind und daß außerdem noch keine Organisation für deren Erfassung und Mobilisation geschaffen ist.

Ebenso traurig ist der Tatbestand in Bezug auf die russischen Seestreitkräfte im Schwarzen Meer. Es erweist sich, daß die türkische Flotte, welche stets schwächer war als die russische, ihr in der nächsten Zukunft bedeutend überlegen sein wird, was u. a. dem Ankauf eines brasilianischen Linien Schiffes durch die Türken zuzuschreiben ist. Der Marineminister erklärt zu seiner Entlastung, daß er diesem türkischen Kauf nicht habe zuvorkommen können, weil ihm aus englischen Quellen die Nachricht zugegangen war, das betreffende Schiff sei nicht verkäuflich. Die gegenwärtig im Bau befindlichen russischen Schiffe, die das Kräfteverhältnis wieder zu einem für Rußland günstigen machen würden, könnten nicht vor Jahresfrist fertig sein.

Bezüglich des letzten Punktes spricht sich die Konferenz für die Erbauung einiger kaukasischer Eisenbahnlinien aus.

* * *

Der Herausgeber bemerkt zum Resultat dieser Konferenz (S. 12 f.): „Man brauchte also für den Beginn des Zweikampfes um Konstantinopel eine Verzögerung.... Das Schicksal bewilligte diese Verzögerung nicht, und es ist aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß das Schicksal in diesem Falle eine durchaus konkrete Gestalt angenommen hatte: Njassojedow unterstand schon zu jener Zeit Sjachomlinow, und das streng vertrauliche Protokoll erwies sich damals höchst wahrscheinlich in den Händen des deutschen Generalstabs zu der gleichen Zeit, als Nikolaus auf dem Original

dieses Protokolls seine Zustimmung durch Unterschrift erklärte.... Weshalb Deutschland den eigentlichen Kriegsbeginn bis in die Mitte des Sommers verlegen mußte...., ist aus unseren Dokumenten nicht ersichtlich.“ Die Erklärung dürfte darin liegen, daß Deutschland genötigt war, mit dem Losschlagen zu warten, bis durch Fertigstellung des Kieler Kanals (Juni 1914) seine Schlagkraft zur See sozusagen verdoppelt würde.

Wie wir wissen, unterblieb eine russische Expedition gegen den Bosphorus (es wurde nur eine Flottendemonstration unternommen, die aber weit davon entfernt war, die von Sjasonow erwartete Wirkung auszuüben). An der russischen Regierung bleibt somit der Vorwurf haften, daß sie das Land in den Krieg führte, ohne Garantien zu haben, daß im Falle eines Sieges das Kriegsziel erreicht werden würde.

Diese Tatsache war auch durch das Meer russischen Blutes, welches von 1914 bis 1917 floß, nicht wegzuschwemmen. Mit voller Klarheit geht dies aus dem letzten Dokument (No. 5) der Sammlung, der Denkschrift des letzten kaiserlichen Außenministers N. Pokrowski hervor.

* * *

In dieser Denkschrift, die vom 21. Februar 1917 datiert ist, heißt es:

„In Voraussicht dieses Zeitpunktes (des Zeitpunktes der Friedensverhandlungen) hat Rußland durch eine Reihe von diplomatischen Abkommen mit seinen Verbündeten mehr oder minder die Richtung der neuen Reichsgrenzen vorgeesehen mit Einschluß verschiedener Gebietserwerbungen, unter denen natürlich an erster Stelle der Besitz Konstantinopels und der Meerengen steht. Ohne die politische Bedeutung dieser Dokumente im geringsten zu verkleinern, wäre es dennoch falsch zu glauben, daß wir nur mit ihnen unsere Hauptbestrebungen verwirklichen könnten und unter allen Umständen das erhalten würden, was in ihnen vorgeesehen ist. Man muß im Auge behalten, daß das für uns wichtigste Abkommen über Konstantinopel und die Meerengen im Grunde genommen nur ein Wechsel ist, den uns Großbritannien, Frankreich und Italien ausgestellt haben. Die Zahlung muß eine dritte Person, die Türkei, leisten, die an dem Uebereinkommen nicht teilgenommen hat und je nach der Gestaltung der Dinge auf dem sie interessierenden Kriegsschauplatz es ablehnen kann, unseren Forderungen nachzukommen. Zweifels- ohne wird das Bild der Kriegskarte im Augenblick der Eröffnung der Friedensverhandlungen für die Verwirklichung der politischen Projekte von entscheidender Bedeutung sein.

Hieraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, uns zur Zeit des Friedensschlusses der Meerengen zu bemächtigen oder aber uns ihnen so weit zu nähern, daß wir imstande wären, bei Entscheidung dieser Frage den nötigen Druck auf die Türkei auszuüben. Ohne dies werden wir kaum jemals Konstantinopel und die Meerengen erhalten, und das Abkommen selbst wird ein bloßer Felsen Papier bleiben.

Durch unsere Erklärungen urbi et orbi über unsere Ansprüche auf Konstantinopel und den Bosphorus und die Dardanellen haben wir, wie keine andere Macht in diesem Kriege, mit voller Klarheit und Offenheit vor unseren Feinden und Freunden unser politisches Programm enthüllt.... Die gegenwärtige politische Gestaltung scheint für die Lösung unserer jahrhundertalten Aufgaben besonders günstig, und wenn wir sie nicht ausnützen würden, so würde der geeignete Moment wahrscheinlich für lange Zeit verpaßt sein, und wir würden uns nach dem Kriege in einer schlimmeren Lage befinden als vorher. Es ist natürlich schwer vorzusagen, welches die Ergebnisse des Weltkampfes sein werden. Jedenfalls kann man nicht dafür garantieren, daß unter unseren jetzigen Verbündeten keine Umwertung der politischen Verhältnisse und keine Neugruppierung der Mächte erfolgen werde, die unserer Festsetzung in den Meerengen Hindernisse in den Weg legen

könnte.... Wenn wir jetzt die Besitzergreifung der Meerengen nicht durchsetzen, so können wir leicht in eine äußerst ungünstige Lage gegenüber der Türkei geraten, in der wir ein ewiges Mißtrauen zu unserer Politik hervorrufen würden. Wir würden ständig auf den Widerstand der Türkei bei allen unseren Unternehmungen im nahen Osten stoßen. Weder unsere jetzigen Verbündeten noch unsere Gegner werden es je vergessen oder verzeihen, daß wir Konstantinopel und die Meerengen besitzen wollten....

Diese Erwägungen führen zu dem Schluß, daß wir uns in dieser Frage ausschließlich auf unsere eigenen Kräfte verlassen und sofort zur praktischen Verwirklichung unserer Aufgaben, gegen die Meerengen und Konstantinopel vorzugehen, schreiten müßten, wenn dem vom rein militärischen Standpunkte aus unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Hindernisse im Wege stehen sollten.... Es wäre notwendig, für diese wichtige Angelegenheit eine besondere Expedition zu gründen, die den Auftrag erhielte, an einem Punkte in der Nähe des Bosporus eine Landung vorzunehmen.... Sollte es uns gelingen, die Höhen der asiatischen Küste des Bosporus zu erobern, so würde durch diese Operation gleichzeitig auch das Schicksal der europäischen Küste entschieden sein.... Sollte es uns auch nur gelingen, zu landen und auf der bithynischen Halbinsel ein wenig vorzurücken und nur einen Teil der Stellungen am Bosporus zu besetzen, so würde auch dies von kolossaler militärischer und politischer Bedeutung bei Eröffnung der Friedensverhandlungen sein....

Die ... englisch-französische Expedition in Gallipoli bietet ein erstaunliches Beispiel dafür, daß derartige Unternehmungen trotz aller technischen Schwierigkeiten, der weiten Entfernung, dem Fehlen bequemer Stützpunkte, der Gefährdung des Seeweges u. a. m. an sich zu verwirklichen sind. Die Engländer und Franzosen haben Gallipoli geräumt, nicht weil die Deutschen und Türken sie dazu gezwungen haben, sondern weil ihr weiteres Verweilen dort zwecklos erschien....

Wir befinden uns in dieser Hinsicht in einer anderen, einer besseren Lage. Die Nähe unserer Seestützpunkte, die Bequemlichkeit unserer Verbindungen und die Sicherung unserer völligen Vorherrschaft auf dem Schwarzen Meer in der letzten Zeit gestalten die Ueberführung der Landungstruppen verhältnismäßig ungefährlich und leicht durchführbar. Trotz des ursprünglich mißtrauischen Verhaltens zum Landungsplan bei Trapezunt ist dieser letzten Endes glänzend und völlig ohne Verluste durchgeführt worden....

Die Versorgung und Ausrüstung einer solchen Expedition wird mindestens 6 bis 7 Monate erfordern. Es müßte daher sofort damit begonnen werden, mit der Berechnung, spätestens bis Oktober, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein entschiedener Umschwung im Gange der militärischen Operationen bei unseren Verbündeten zu erwarten ist, völlig gerüstet zu sein....

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß der Begriff des vollen Sieges, von dem die verbündeten Regierungen wiederholt gesprochen haben, in der Praxis nicht für alle Verbündeten in gleichem Maße zutreffen wird. Offenbar wird, praktisch gesprochen, jede der verbündeten Regierungen den Sieg so weit als einen vollen ansehen, als die Verwirklichung der von ihr erhobenen Ansprüche erreicht wird. Sollte also der Gang der militärischen Ereignisse beweisen, daß die militärischen Erfolge der Franzosen und Engländer an der Westfront nach ihrer Auffassung befriedigende Resultate zeitigen, so besteht sehr wenig Hoffnung, daß sie den Krieg fortsetzen würden, um Konstantinopel und die Meerengen für Rußland zu erkämpfen. Wir müssen daher selbst Maßnahmen treffen, um eine günstige Entscheidung der uns interessierenden Fragen zu sichern."

Ein wahrhaft tragisches Dokument! Zu einer Zeit, wo Rußland die schwersten Opfer gebracht hat, wo es durch den Krieg vollständig erschöpft ist, erhebt sich vor ihm dieselbe unlösbare Aufgabe wie vor drei Jahren: es müssen Kräfte für ein neues Kriegstheater beschafft werden, während die bereits vorhandenen Theater alle Kräfte restlos absorbieren; das Kriegsziel befindet sich in der gleichen hoffnungslosen Ferne wie vor dem Kriege.

Wie wir sehen, schlingt sich durch alle Dokumente der Sammlung als Leitmotiv das russische Streben nach den Meerengen. Pokrowski in seiner Einleitung scheint dies Bestreben für einen Ausfluß zaristischer Expansionspolitik zu halten. Ein solches war es vielleicht seiner Einkleidung nach. Im Grunde aber ergibt sich dies Streben aus der Natur der Dinge, d. h. aus der geographischen Lage; Rußland wird nie im vollen Sinne frei und unabhängig sein, wenn ihm andere die Tür zum Vorraum seines Hauses verschließen dürfen.

Welches ist nun das Gegenmotiv zu diesem Grundmotiv, wo befindet sich das Zentrum des Widerstandes gegen Rußlands Streben? Geographie und Geschichte weisen übereinstimmend auf England. In der Tat besteht zwischen England und Rußland ein Gegensatz, der nie zu überbrücken sein dürfte, solange nicht der Traum von einem wahrhaften Völkerbund, von einer Universalrepublik verwirklicht ist. England ist, wenn es eine Großmacht bleiben will, auf die Herrschaft über weit von ihm entfernte Territorien angewiesen; es hat daher eine ungeheure Kommunikationslinie zu schützen und sucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß Rußland sich dieser nähere, ist doch Rußland schon ohnedies Indien bedenklich nahe. Rußland hingegen, das eine kompakte Masse bildet, bedarf der Zugänge zum Meer, und es kann bei der Verwirklichung seines natürlichen Bestrebens keinen andern Weg einschlagen, als einen, der in die Flanke der englischen Kommunikationslinie mündet.

Wie wir sahen, zog die russische Außenpolitik, geführt von Tswolski und Sfasonow, diese fundamentale Tatsache nicht genügend in Betracht. Sie stellte den Konflikt mit Deutschland in den Vordergrund, obgleich mit diesem nach Lage der Dinge ein Ausgleich eher hätte gefunden werden können (Voraussetzung hierzu wäre allerdings gewesen, daß Rußland eine selbständige und nicht eine durch fremde Interessen bestimmte Politik führte).

Unders die englische Außenpolitik, deren Verhalten in Bezug auf jene fundamentale Tatsache von altersher ein konsequentes war. Im Resultat des Krimkrieges hatte England Rußland die Verpflichtung auferlegt, keine Kriegsschiffe durch die Meerengen zu führen. Auf dem Berliner Kongreß wurde dies Verbot, trotzdem Rußland einen erfolgreichen Feldzug gegen die Türkei geführt hatte, aufrechterhalten. Im russisch-japanischen Kriege spielte dieses selbe Verbot eine für Rußland verhängnisvolle Rolle. Als der Weltkrieg herannahte, bewilligte England allerdings Rußland das Abkommen über Konstantinopel; aber, so wie die Dinge lagen, befanden sich zwischen diesem Abkommen und seiner Verwirklichung so viele Hindernisse, daß die Gefahr, welche sich für England ergab, nicht als eine dringende angesehen werden konnte; unter allen Umständen mußte Rußland aus einem Kampfe mit Deutschland so geschwächt und desorganisiert, England dagegen mit so geringen Beschädigungen hervorgehen, daß das Kräfteverhältnis sich wesentlich zu Gunsten Englands verschieben mußte.

Der Verlauf des Weltkrieges rechtfertigte diese Berechnung. Rußland befand sich 1917 in einer solchen Lage, daß die Frage sich nur darum drehen konnte, wer über es herrschen würde, Deutschland oder England; und in diesen Zustand war es geraten, indem es seine Kraft am Gegner Englands abnühte!

Doch hatte das Schicksal offenbar bestimmt, daß Rußland frei bliebe. Mit einem verzweifeltten Sprung schied es aus dem Weltkrieg aus, es Deutschland, England und Frankreich überlassend, sich weiter zu zerfleischen und hierauf, als der Sieger es bedrohte, sich auf die Uneinigkeit zwischen den Siegern, auf innerpolitische Gegensätze innerhalb der Siegerstaaten stützend, — bis zu dem Zeitpunkt, wo es wieder über eine aktionsfähige Armee verfügen würde.

Die Zukunft muß zeigen, ob diese Rettung aus tödlicher Gefahr eine endgültige war, ob Rußland nicht weiteren Anschlägen seiner Feinde erliegt. Behauptet es sich als selbständige Macht, so wird es zu gegebener Zeit wieder historische Probleme, wie die Meerengenfrage aufnehmen; und man könnte die Vermutung wagen, daß es hierbei mehr Realismus entfalten wird, als in der Vergangenheit.

Anfang März 1921.

Die schweizerische Neutralität.

Von

Gans Dehler - Basel.

„Fast alle richtige Politik stammt aus historischer Einsicht in die Lehren der Vergangenheit. Und diese Einsicht muß sich, wie jede andere Kunst des Lebens, jede neue Generation durch neue Arbeit aneignen.“

Gilly, Vorlesungen üb. d. Politik d. Eidgenossenschaft.

Es ist in den letzten Jahrzehnten mit unserer schweizerischen Neutralität in Verkennung ihres wirklichen Ursprungs ein so überheblicher Kult getrieben worden, daß der Rückschlag nicht ausbleiben konnte. Man hat einen wahren Fetisch aus ihr gemacht. Man hat in ihr unsern Staatszweck überhaupt erblicken wollen, einen Staatszweck, durch den wir uns von den Zwecken aller anderen Staaten aufs vorteilhafteste unterscheiden und durch dessen Verfolgung wir uns gewissermaßen als eine bessere, fortgeschrittenere und höher stehende Menschenart erwiesen haben sollten. Unsere Neutralität als Staatsgrundsatz bedeute politische Selbstlosigkeit und absichtslose Hingabe an reine Ideale, unser Staat sei die wahrhaftige Keimzelle eines wahrhaftigen Pazifismus!

Diese Ideologie konnte ungestört so lange ihre Blüten treiben, als die politische Lage Europas selbst ruhig und ungestört war. In dem Augenblick, in dem die großen Veränderungen, die der Weltkrieg in der Machtverteilung Europas mit sich brachte, unsern Staat vor außenpolitische Aufgaben stellten, hat sie versagt und sich in ihrer ganzen Hohlheit offenbart. Es hat sich immer gerächt, wenn vergessen worden ist, daß alles Menschenwerk eine irdische Wurzel hat, daß es aufwächst, von unten nach oben, aus dem Grund des Daseinskampfes, hinauf nach Höherem zielend, gleich